



RECHTSGRUNDLAGEN

- Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08.04.1994 (BGBl. I S. 765).
- Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).
- Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung 1990 - PlanZV 90 -) vom 18.12.1990 (BGBl. I S. 58) sowie die Anlage zur PlanZV 90 und die DIN 18003.
- Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigung, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG) in der Fassung vom 14.05.1990 (BGBl. I S. 880), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 466).
- Landesbauordnung (LBAuO) in der Fassung vom 08.03.1995 (GVBl. S. 19).
- Landespflegegesetz (LPIG) in der ab 01.05.1987 geltenden Fassung (GVBl. S. 70), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.06.1994 (GVBl. S. 280).
- Landesstraßengesetz (LStrG) in der Fassung vom 01. August 1977 (GVBl. S. 273), zuletzt geändert durch Gesetz vom 08. April 1991 (GVBl. S. 124).
- Gemeindeordnung für Rheinland-Pfalz (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153).

PLANZEICHENERKLÄRUNG TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Festsetzungen gem. § 9 Abs. 1 und 7 BauGB in Verbindung mit der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (BauNVO) vom 23. Januar 1990 (BGBl. I S. 132), zuletzt geändert durch Eingangsvertrag vom 23. September 1990 (BGBl. II S. 885)

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

WA Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO) **Zulässig sind:**

- Wohngebäude
- Die der Versorgung des Gebietes dienenden Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

Die nach § 4 Abs. 3 Nr. 1, 2 ausnahmsweise zulässigen Nutzungen - Betriebe des Beherbergungsgewerbes und sonstige nicht störende Gewerbebetriebe - können ausnahmsweise zugelassen werden

MI Mischgebiet (§ 6 BauNVO) **Zulässig sind:**

- Wohngebäude
- Geschäfts- und Bürogebäude
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- sonstige Gewerbebetriebe
- Anlagen für Verwaltung sowie für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke

Nicht zulässig sind gem. § 1 Abs. 5 BauNVO:

- Gartenbetriebe
- Tankstellen

Gem. § 1 Abs. 5 BauNVO iV.m. § 6 Abs. 2 Nr. 8 BauNVO sind im Mischgebiet Vergnügungsstätten, wie Spiel- und Automatenhallen, Spielcasinos, Vorführ- und Geschäftsräume, deren Zweck auf Darstellungen mit sexuellem Charakter ausgerichtet ist, und Sexclubs ausgeschlossen

MK Kerngebiet (§ 7 BauNVO) **Zulässig sind:**

- Geschäfts-, Büro- und Verwaltungsgebäude
- Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften, Betriebe des Beherbergungsgewerbes
- Sonstige nicht wesentlich störende Gewerbebetriebe
- Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke
- Wohnungen für Aufsichts- und Betriebspersonen sowie für Betriebsinhaber und Betriebsleiter
- Sonstige Wohnungen oberhalb des Erdgeschosses

Nicht zulässig sind gem. § 1 Abs. 5 BauNVO:

- Vergnügungsstätten
- Tankstellen im Zusammenhang mit Parkhäusern und Großgaragen (§ 7 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO)

Die nach § 7 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen - Tankstellen, die nicht unter § 7 Abs. 2 Nr. 5 BauNVO fallen - sind gem. § 1 Abs. 6 Nr. 1 BauNVO nicht zulässig

Die übrigen Ausnahmen nach § 7 Abs. 3 Nr. 2 - Wohnungen, die nicht unter § 7 Abs. 2 Nr. 6 und Nr. 7 fallen - können zugelassen werden.

Die nach § 7 Abs. 2 Nr. 4 BauNVO allgemein zulässigen Anlagen für sportliche Zwecke sollen gemäß § 1 Abs. 5 BauNVO nur ausnahmsweise zugelassen werden.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

z.B. II-III Zahl der Vollgeschosse als Mindest- und Höchstgrenze (§ 16 Abs. 4 BauNVO)

z.B. II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze

- z.B. 0,6** Grundflächenzahl - GRZ (§ 19 BauNVO)
- z.B. 1,6** Geschossflächenzahl - GFZ (§ 20 BauNVO)
- 3. Bauweise** die überbaubaren und die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sowie die Stellung der baulichen Anlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 25a BauGB)
- g** Geschlossene Bauweise (§ 22 Abs. 3 BauNVO)
- Baulinie** (§ 23 Abs. 2 BauNVO) Es muß auf der Baulinie gebaut werden. Ein Vor- und Zurücktreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden.
- Baugrenze** (§ 23 Abs. 3 BauNVO) Gebäude und Gebäudeteile dürfen diese Linie nicht überschreiten.
- Ein Vortreten von Gebäudeteilen in geringfügigem Ausmaß kann zugelassen werden. Maßgebend ist die Bezugslinie.

Überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 Abs. 1 BauNVO) Durch Baugrenzen/Baulinien werden die überbaubaren Grundstücksflächen festgesetzt. Das ist der Teil des Baugebietes, auf dem bauliche Anlagen errichtet werden dürfen. Im Einzelfall darf jedoch der bebaubare Grundstücksanteil (die zulässige Grundfläche) der Baugrundstücke gemäß § 17 BauNVO nicht überschritten werden.

Nicht überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 Abs. 5 BauNVO) Nebenanlagen im Sinne des § 14 BauNVO sind zulässig, außer solchen für Kleintierhaltung

Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen sind gärtnerisch anzulegen und zu unterhalten. Davon ausgenommen sind Wege, Zufahrten und notwendige Nebenanlagen im Sinne des § 14 Abs. 1 Satz 1 BauNVO sowie Wirtschaftflächen und Spielplätze

Stellung der baulichen Anlagen Von der Festsetzung der Stellung der baulichen Anlagen sind die Nebenanlagen gem. § 14 Abs. 1 BauNVO ausgenommen.

Nebenanlagen Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten sowie der besondere Nutzungszweck von Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 9 BauGB)

St/Ga Flächen für Garagen und Stellplätze Stellplätze und Garagen sind nur innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig, soweit sie nicht für ein Grundstück gesondert ausgewiesen sind.

Verkehrflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 BauGB) Verkehrflächen besonderer Zweckbestimmung

MF Straßenbegrenzungslinie Mischfläche Straßenbegrenzungslinie Aufteilung informativ

GFL Geh-, Fahr- und Leitungsrecht für die Anlieger

Grünflächen Private Grünflächen Anlage von Hausgärten bzw. Obstgärten

Das Anpflanzen von Bäumen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) Anzupflanzende Bäume Der Stadt ist es grundsätzlich möglich, auf allen öffentlichen Flächen Grün- und Baumpflanzungen durchzuführen. Der Standort der Bäume ist symbolisch, er kann im Rahmen der Detailplanung um etwa 2 m abweichen.

Grenzen (§ 9 Abs. 7 BauGB) Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen

Sonstige Darstellungen und Hinweise Katastergrenzen Flurstücknummer Vermaßung vorhandene Gebäude

Der Beginn jeglicher Erdarbeiten innerhalb des Bebauungsplangebietes wird dem Landesamt für Denkmalpflege, Abteilung Bodendenkmalpflege, zur Kenntnis gegeben, und die Beteiligten werden auf die Anzeige, Erhaltungs- und Abklärungspläne gemäß §§ 16-21 des Denkmalschutz- und Pflegegesetzes hingewiesen.

- C. Nachrichtliche Übernahmen**
- D** Denkmalschutzgesetzliche Gebäude
- D** Denkmalschutzzone
- VERFAHRENSVERMERKE**
- Planunterlage** Es wird bescheinigt, daß in der Planunterlage die Flurstücke mit ihren Grenzen und Bezeichnungen sowie die vorhandenen baulichen Anlagen und die Verkehrsflächen mit dem Liegenschaftskataster übereinstimmen und den Anforderungen des § 1 (1, 2) der Planzeichenverordnung entsprechen ist.
- Simmern**, den 19..
- (Katasteramtsleiter)
- Planbearbeitung** Entwurfsbearbeitung und Planfertigung im Auftrag der Stadt Kirchberg. Freie Planungsgruppe Berlin GmbH, Kurfürstendamm 62, 10707 Berlin (0 30 889 90 11)
- Berlin, den 27. 11. 1995
- Aufstellungsbeschluss** Gemäß § 2 (1) und 4) des BauGB ist der Bebauungsplan K 6 aufgestellt und ortsbüchlich bekanntgemacht am 15.11.1995
- Kirchberg, den 11. Juli 1995
- Behördenbeteiligung und weiterer Träger öffentlicher Belange** Gemäß § 4 (1) BauGB in der Zeit vom 23.10.1992 bis 04.12.1992 vom 23.10.1992 bis 23.11.1992 Bürgerbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB ist durchgeführt worden.
- Kirchberg, den 11. Juli 1995
- Öffentliche Auslegung** Gemäß § 3 (2) BauGB wurde beschlossen am 11.07.1995 und erfolgte nach ortsbüchlicher Bekanntmachung am 15.11.1995 in der Zeit vom 11.07.1995 einschließlich 21.11.1995
- Kirchberg, den 11. Juli 1995
- Satzungsbeschluss** Gemäß § 10 BauGB durch Stadtrat von Kirchberg/Hunsrück gefaßt am 15.03.1995
- Kirchberg, den 11. Juli 1995

Der Bebauungsplan wurde der höheren Verwaltungsbehörde am 18.07.95 angezeigt.

Kirchberg, den 18. JULI 1995

J. Stünge **STADTBÜRGERMEISTER**

Die höhere Verwaltungsbehörde hat keine Verletzungen von Rechtsvorschriften geltend gemacht.

den (Sitz der höheren Verwaltungsbehörde)

Ausfertigung Es wird bescheinigt, daß die nebenstehende Planzeichnung Gegenstand des Planaufstellungsverfahrens war, daß die textlichen und zeichnerischen Festsetzungen des Bebauungsplanes mit dem Willen des Stadtrates übereinstimmen und daß die für die Normgebung gesetzlich vorgeschriebenen Verfahrensvorschriften eingehalten wurden.

Kirchberg, den 18. JULI 1995

Stadt Kirchberg (Siegel) **J. Stünge** **STADTBÜRGERMEISTER**

Das Anzeigeverfahren des Bebauungsplanes wurde gemäß § 12 BauGB am 25. JULI 1995 ortsbüchlich bekanntgemacht. Mit dieser Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

55481 Kirchberg, den 25. JULI 1995

J. Stünge **STADTBÜRGERMEISTER**

Hat vorgelesen! Gehört zum Schreiben vom 08.07.96

Bezirksregierung Koblenz Im Auftrag

W. Vogt **Baudirektor**

STADTBÜRGERMEISTER

Hat vorgelesen! Gehört zum Schreiben vom 08.07.96

Bezirksregierung Koblenz Im Auftrag

W. Vogt **Baudirektor**



M 1:500

STADT KIRCHBERG BEBAUUNGSPLAN K 6